

EU-Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme

Übernahme von Altlasten

Die Quasi-Subventionierung deutscher Exporte durch den niedrigen Euro-Wechselkurs ist ein Grund für die positive Haltung der deutschen Wirtschaft zu den Euro-Rettungshilfen. Doch die Stimmung droht zu kippen: Das von der EU-Kommission ins Auge gefasste Europäische Einlagensicherungssystem (EES) wird nun vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) als Umverteilungsmaschinerie von Ländern mit soliden Bankensystemen hin zu Ländern mit instabilen bzw. insolventen Banken gebrandmarkt.

Zu Beginn des Jahres ist die Harmonisierung der nationalen Einlagensicherungssysteme in Kraft getreten. Hiernach besteht für Spareinlagen unter 100.000 Euro ein Insolvenzschutz. Die Garantie soll aus einem nationalen Einlagensicherungsfonds gespeist werden. Die Mittel werden durch Beiträge der Banken – also vom Sparer – im Umfang von 0,8 Prozent der gesetzlich garantierten Einlagen aufgebracht. Im November 2015 hat die EU-Kommission eine europäische Einlagensicherung ins Spiel gebracht. Hiernach ist eine schrittweise Überführung der nationalen Systeme in ein EES bis 2024 geplant. Der Umfang: 45 bis 60 Milliarden Euro. Begründet wird die Vergemeinschaftung mit panikartigen Abflüssen von Einlagen in Länder mit guten Sicherungssystemen, wie sie im letzten Jahr in Griechenland stattfanden.

Nur: Griechenland war zahlungsunfähig, die Großbanken insolvent, und das Land stand vor einem Euro-

Austritt. Da die Finanzstabilität der Eurozone keineswegs in Gefahr stand, waren sämtliche Hilfen (Mittel des Rettungsfonds, Notkredite der griechischen Zentralbank) ohne gesetzliche Grundlage und damit illegal. Doch auch die Folgen eines EES wären höchst problematisch.

Das als Versicherung konzipierte EES widerspricht einer Übernahme von Altlasten. Allein der Anteil notleidender, also unter Zins- und Tilgungsrückstand stehender Kredite beträgt für Griechenland 34,1 Prozent, für Zypern 45,2 und Irland 19,2 Prozent. Demgegenüber liegt der Anteil der Problemkredite in Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg nur bei zwei bis drei Prozent. Unberücksichtigt bleiben hierbei die Kosten eines nicht ganz unwahrscheinlichen Totalausfalls von Staatsanleihen der Krisenstaaten bzw. erweiterter Schuldenschnitte.

Diese Lasten würden vergemeinschaftet und auch vom deutschen Sparer getragen. Aber die nationale Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie hätte bis Juli 2015 erfolgen müssen. In zehn Ländern, darunter Griechenland, Italien und Zypern ist dies bis Ende 2015 nicht passiert – sprich: in diesen Ländern wird nicht vorgesorgt. Während in Deutschland damit eine Absenkung des Verbraucherschutzes einhergeht, nutzen griechische Sparer die Garantie. Zukünftig wird der Nutzen aus hohen Renditen privatisiert, die Verluste aber sozialisiert – Solidarität europäisch verstanden!



VON DIRK MEYER

»Die Lasten würden vergemeinschaftet und auch vom deutschen Sparer getragen.«



Keine helle Birne mehr

Osram-Misere: Anhaltende Verluste zwingen zu drastischen Maßnahmen / Übernehmen asiatische Hersteller das traditionelle Lampengeschäft?

Das 23geschossige „Osram Lighthouse“, die Unternehmenszentrale in München: Auch Konkurrent Philips will sein Lampengeschäft an Investoren verkaufen

THOMAS FASBENDER

Viel Licht für wenig Strom“, so warb Osram sogar in dunklen Kriegsjahren für seine Produkte. Ab 1949 hieß es dann: „Osram – hell wie der lichte Tag“. Heute findet sich der eingängige Werbespruch nur noch an der historischen Häuserfassade am Münchner Karlsplatz-Rondell. Glühbirnen gehören der Vergangenheit an, und Osram leuchtet nicht mehr. Das Unternehmen ist ein Sanierungsfall.

Vorstandschef Olaf Berlien hat keinen leichten Stand. Gerade ein Jahr im Amt, spürt der langjährige Thyssen-Krupp-Manager den massiven Gegenwind seiner Investoren. Nach der Verkündung eines einschneidenden Strategiewechsels im November 2015 brach die Aktie des Leuchtmittelherstellers um ein Drittel auf deutlich unter 40 Euro ein. Daraufhin ging die frühere Muttergesellschaft Siemens, die seit dem Börsengang 2013 nur noch rund 18 Prozent hält, auf Distanz: Der Wert der Beteiligung an Osram sei „von rund 940 Millionen Euro auf rund 680 Millionen geschrumpft“. Der Kurswechsel habe „Siemens und den Markt unvermittelt getroffen“.

Die Analysten können das nachfühlen. Wolfgang Donie von der NordLB: So sinnvoll die neue Strategie langfristig auch sei, so sehr belaste sie in der Umsetzungsphase das Ergebnis. Andererseits sei das neue Kursniveau hochattraktiv für Einsteiger mit langem Atem. Die Empörung der Siemens-Oberen ist insofern verwunderlich, als die Lage des nach Philips zweitgrößten Leuchtmittelherstellers zuvor kein Geheimnis war. Der weltweite Technologiewechsel hin zu elektronischen und LED-Beleuchtungen zwingt nicht nur Osram zu Anpassungsmaßnahmen. Schon 2012 hatte McKinsey vorgerechnet, der Anteil von Leuchtdioden (LED) am Kunst-

lichtmarkt werde 2020 nicht bei (wie erwartet) 65 Prozent, sondern bei 70 Prozent liegen. Die klassischen Leuchtmittel, etwa Glühbirnen oder Halogen-Leuchtmittel, haben ausgedient.

Marktführer Philips hat das Glühlampen- und LED-Geschäft schon 2015 unter dem Namen „Lumileds“ abgetrennt. Wie es heißt, will das Unternehmen sich völlig auf Medizintechnik konzentrieren. Die Lampensparte steht entweder vor dem Börsengang oder vor dem Verkauf an potentielle Finanzinvestoren. Ein Erlös von fünf bis sechs Milliarden Euro gilt als realistisch. Ein 80-Prozent-Paket am Geschäft mit Leuchten und LEDs für die Autobranche hatte Philips bereits an den chinesisch beherrschten Finanzinvestor Go Scale Capital veräußert – Kaufpreis: 2,8 Milliarden US-Dollar. Die Transaktion wurde allerdings nach langem politischen Tauziehen vor wenigen Tagen von US-amerikanischen Behörden „aus Gründen der nationalen Sicherheit“ untersagt.

Die Kostenstruktur in Asien ist deutlich günstiger

Das Leuchtengeschäft der Holländer ist mit über sieben Milliarden Euro Umsatz deutlich größer als das Marktweitere Osram. Die Münchner erwirtschafteten 2013/14 mit 34.000 Beschäftigten einen Umsatz von 5,1 Milliarden Euro. Davon entfiel noch ein Drittel auf Neonröhren und Lampen, wie man sie aus Baumärkten oder aus dem Fachhandel kennt. Die Verkäufe solcher Leuchtmittel sinken allerdings rapide, im Geschäftsjahr 2014/15 trotz schwacher Margen um 15 Prozent. Entsprechend fiel das Konzernergebnis – vor allem aufgrund des Personalabbaus – negativ aus. In Deutschland beschäftigt die Lampensparte unter anderem in Augsburg, Berlin und Eichstätt noch rund 2.500 Mitarbeiter, im Ausland 7.500. Noch im April 2015 hatte Berliens An-

kündigung, das Lampengeschäft abzuspalten und zu veräußern, für ein Allzeithoch der Aktie gesorgt (51,30 Euro). Als er jedoch im November verkündete, in Malaysia für drei Milliarden Euro eine LED-Chipfabrik bauen zu wollen, fiel der Kurs über Nacht um 30 Prozent. Bis heute pendelt das Papier um 37 Euro. Investoren fordern bereits, die Asienpläne bis zur anstehenden Hauptversammlung am 26. Februar auszusetzen.

Daß der Osram-Chef sich nicht aus dem Konzept bringen läßt, unterstrich er Anfang 2016 mit der Umbenennung des Lampengeschäfts in „Ledvance“. Der aus LED und Advance (englisch für Fortschritt) gebildete Name verkörpert den LED-Trend ebenso wie die daraus resultierenden Chancen, kommentierte er die Entscheidung. Aus der Sicht des Chefs – und seiner McKinsey-Berater – liegt die Zukunft bei LED-Chips, Auto- und Speziallicht. Mit dem Verkauf des traditionellen Lampengeschäfts will Berlien demnächst wenigstens einige hundert Millionen Euro einnehmen.

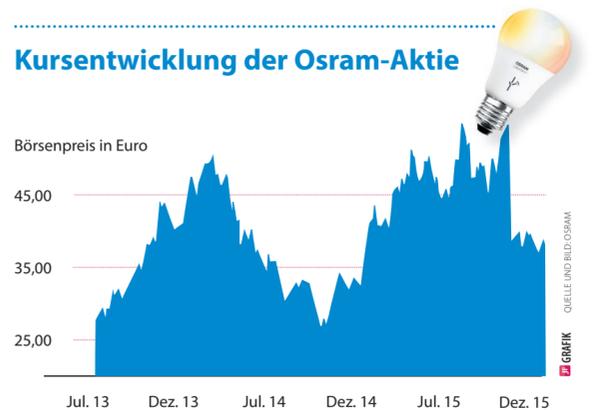
Getrieben werden die Osram-Pläne in Asien vom raschen Wachstum der dortigen Hersteller – und Märkte. Vor allem

ist die Kostenstruktur in Asien deutlich günstiger als bei den europäischen oder den US-Produzenten.

Das Handelsblatt interpretierte die heftige Schelte seitens der früheren Konzernmutter als Vorbote einer geplanten Veräußerung der restlichen Osram-Aktien durch Siemens. Es würde passen: Auch der Verkauf von Bosch und Siemens Hausgeräte (BSH) im Vorjahr stand im Zeichen der unter Joe Kaeser vorangetriebenen Konzentration auf das Kerngeschäft mit der Industrie.

An dem Osram-Paket dürften vor allem strategische Investoren aus Asien Interesse finden, also taiwanische, chinesische oder koreanische LED-Hersteller. Seit langem tönt von dort die Klage, die europäischen und US-Konkurrenz halte die asiatischen Produzenten vom lukrativen Markt für Autoleuchten fern. 20 Prozent der Osram-Aktien in der Hand eines asiatischen LED-Herstellers könnten, richtig gehandhabt, das Ende dieses westlichen Monopols einläuten.

Am 3. Februar gibt es die Quartalszahlen, am 16. Februar findet die Hauptversammlung statt: www.osram-group.de/de-DE/investors



Wirtschaftsvertreter sorgen sich um den EU-Binnenmarkt

Das Rundum-sorglos-Paket

Von Jörg Fischer

Im Sommer 2012 gab es noch kühne Pläne: „Damit Europa im globalen Wettbewerb nicht zurückfällt, müssen wir auf einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladivostok hinarbeiten“, forderte der Chef des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Eckhard Cordes. Dreieinhalb Jahre später ist unsicher, ob der EU-Binnenmarkt angesichts der Asyllkrise noch zu halten ist.

Industriellobbyisten warnen vor Folgekosten von zehn Milliarden Euro, sollte Deutschland die Schengen-Reisefreiheit beenden, um den Flüchtlingszustrom zu begrenzen. Für DGB-Chef Reiner Hoffmann sind die offenen Binnengrenzen „die Lebensadern der europäischen Wirtschaft“. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sorgt sich um die 1,7 Millionen Grenzgänger und um die Währungsunion, denn ohne Reisefreiheit sei der Euro sinnlos.

Doch wer ist dafür verantwortlich, daß die Grenzschließung alternativlos ist? Die von Angela Merkel ausgesprochene und von den Bundestagspar-

teien beklatschte Einladung an alle Zufluchtsuchenden dieser Welt, nach Deutschland zu kommen? Das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Es waren deutsche Konzernbosse und Bankenvolkswirte, die von Fachkräften, Konjunkturprogramm und einem neuen Wirtschaftswunder durch den Flüchtlingszuzug faselten. Gewerkschafter, die sonst kein gutes Haar an Kapitalvertretern lassen, stimmten wie die EU-Granden in den wohlfeilen „Refugees welcome“-Chor mit ein.

Viele fordern, die Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu bekämpfen. Wie das ausgeht, läßt sich am irakischen „Leuchtturm der Demokratie“ oder den *failed states* Libyen und Syrien studieren. Zuzugsmagnet Nummer eins ist in Wahrheit die deutsche Willkommenskultur: das Rundum-sorglos-Paket der hiesigen Steuerzahler. Das kostet pro Kopf vier mehr, als einem Deutschen oder integrierten Ausländer in einem prekären Beschäftigungsverhältnis monatlich zum Leben bleibt – oder was zehn Lehrer in Afrika verdienen.

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 · Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25

Hiernit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!) Kundennummer (falls zur Hand)

Vorname/Nachname

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umsatz ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:
jf-buchdienst.de

Janne Jörg Kipp
Die große Enteignung

Die nie dagewesene Verschuldung von Ländern in aller Welt ermöglicht dem Weltfinanzkartell eine Enteignung in großem Stil. Wie wird sie aussehen? Mühen wir mit einem globalen Crash rechnen? Mit Schuldenschnitten, Staatsbankrotten und Währungsreformen? Janne Jörg Kipp erörtert die Wahrscheinlichkeit dieser Szenarien. Gleichzeitig zeigt er Ihnen, welche Anlageformen von der Katastrophe bedroht sind und wo ihr Vermögen sicher ist. 336 S., geb.

Best.-Nr.: 92938



EUR 22,95

Klaus-Peter Willsch
Von Rettern und Rebellen

In Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie Ein Politkrimi spannend, beängstigend und empörend zugleich! Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch packt aus: Die Bundesregierung hielt dem Bundestag gegenüber Informationen über die Eurokrise zurück, beging Rechtsbrüche und versuchte, das Parlament zu betrügen. 288 S., geb.

Best.-Nr.: 92842



EUR 19,99

Peter Lüdemann
Abgezockt und kaltgestellt

Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird „Wir sind Untertanen, keine Bürger“ zündet auf steuerrechtlicher Sicht trifft diese provokante These zu. Das deutsche Steuerrecht zielt darauf, Staatsbürger zu verunsichern, und letztendlich zu entmündigen. Sie sollen zahlen, aber bei der Gestaltung des Steuerrechts weder mitreden, noch auf die Verwendung ihrer Steuergelder Einfluss nehmen. 208 S., Pb.

Best.-Nr.: 92896



EUR 17,99

Udo Ulfkotte
Die Asyl-Industrie

Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von den Flüchtlingswelle profitieren Wieviel Geld verdienen Sozialverbände und Konzerne an Flüchtlingen? Wie machen die Parteien mit Flüchtlingsbetreuung illegale Einnahmen? Wieviel Sozialhilfe bekommen ausländische Drogendealer? Was kostet uns der Asylwahn? Der neue Ulfkotte entlarvt die skrupellose Asyl-Industrie. 272 S., geb.

Best.-Nr.: 92863



EUR 19,95

Michael Limburg, Fred Müller
Strom ist nicht gleich Strom

Warum die Energiewende nicht gelingen kann Die Energiewende, die Umstellung unserer Stromversorgung auf Erneuerbare Energien wird in eine Katastrophe führen, wirtschaftlich wie technisch. Hierfür wurden bereits mehr als 500 Milliarden Euro ausgegeben. Dieses Geld wird unserer Volkswirtschaft fehlen, wenn sie darangehen muss, den künftigen Scherbenhaufen zusammenzulegen. Hier erklären zwei Fachleute, warum. 237 S., geb.

Best.-Nr.: 92948



EUR 19,90

Hans-Werner Sinn
Der Euro

Von der Friedensidee zum Zankapfel Der Euro sollte mehr sein als eine Währung: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerrissen. Im Süden bleibt die Arbeitslosigkeit unerträglich, der Norden wurde von der EZB in Geiselschaft genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun? 480 S., geb.

Best.-Nr.: 92867



EUR 24,90

Ulrich Horstmann, Gerald Mann
Bargeldverbot

Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen



In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen? 128 S., Pb.

Best.-Nr.: 92781

EUR 6,99

Abbildungen können vom Original abweichen!